

20. Oktober 2008
20:20 MESZ

Plakatstreit ohne Ende

Freie Gruppen fordern "freien Marktzugang"

Wien - 600 Flächen will die Wiener Außenwerbefirma Gewista kleineren Kulturinitiativen ab Jänner 2009 gratis zur Verfügung stellen. Der IG Kultur ist das zu wenig. "Wir freuen uns zwar darüber, dass das Problembewusstsein vorhanden ist, lehnen diese paternalistische Lösung aber ab", sagt Martin Just, Obmann der Interessengemeinschaft. Er fordert, gemeinsam mit einer Reihe freier Plakatierer, 9000 kostenlose Flächen für kleinere Kulturveranstaltungen. Vergeben soll den Ankündigungsraum nicht das SPÖ-nahe Unternehmen Gewista, sondern - nach Salzburger Vorbild - ein von den verschiedenen Kultur-Interessengemeinschaften gewählter Plakatbeirat.

Seit die Gewista-Tochter "Kulturplakat" wienweit sämtliche Außenwerbung auf Stromkästen und Lichtmasten vergibt, kämpfen nicht nur kleinere Außenplakatierfirmen, sondern auch eine Reihe von Kulturinitiativen ums Überleben. Der Verein "Freies Plakat", zudem sich einige Unternehmer zusammengeschlossen haben, fordert seit mittlerweile fast einem Jahr eine politische Lösung. "Wir haben lange hoffnungsfroh darauf gewartet, dass sich die Stadtpolitik einschaltet", sagt Plakatierer Marc Mathoi "passiert ist gar nichts."

Beteiligung

Die "Kulturplakat" gehört mehrheitlich der Gewista. Beteiligt ist aber auch Josef Sopper - ehemals freier Plakatierer und zwischenzeitlich Chef der Szene Wien sowie der Gasometer-Halle. "Für Sopper sind somit sämtliche Konkurrenzveranstaltungen werbemäßig steuerbar", sagt Mathoi.

Peter Drössler, Fraktionsführer der Grünen Wirtschaft und stellvertretender Obmann der Fachgruppe Werbung in der [Wirtschaftskammer](#), unterstützt die Forderungen der Gewista-Kritiker: "Wir müssen dafür sorgen, dass es endlich einen freien Markt in diesem Bereich gibt."

SPÖ-Valentin: "Vor grünen Karren gespannt"

Die Wiener SPÖ hat in der Diskussion um die Rechte der Freien Plakatszene in Wien auf ein Treffen zwischen Stadt und Wirtschaftskammer verwiesen. "Alle Fraktionen waren sich einig, dass Wettbewerbsgleichheit sichergestellt ist", unterstrich Gemeinderat Erich Valentin am Montag in einer Aussendung. Nun würden die Grünen jedoch die Causa für ihre politischen Zwecke missbrauchen.

"Das ist doppelt schade, weil eigentlich ein Lösungsweg gefunden wurde und zum anderen gerade diese Gruppen auch einer besonderen Förderung bedürfen", so Valentin in Richtung der Freien Plakatierer: "Da werden Interessen von Kleinunternehmern und Kulturinitiativen ganz offensichtlich vor den grünen Karren gespannt." (stem/DER STANDARD-Printausgabe, 21.10.2008, APA)

Diesen Artikel auf <http://derStandard.at> lesen.

© 2008 derStandard.at - Alle Rechte vorbehalten.

Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf. Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.